

# AHMED I. NACH SEINER AUSSAGE IM MORDPROZESS LÜBCKE

---

**„Ich habe gelebt  
bis 2016.  
Nicht länger.“**

- Nebenkläger Ahmed I. spricht über die schwerwiegenden Folgen der Messeattacke – und erhebt schwere Vorwürfe gegen die Polizei.
- Der Iraker wurde 2016 bei einem Messerangriff schwer verletzt, die Bundesanwaltschaft wertet den Angriff als versuchten Mord und legt ihn dem mutmaßlichen Lübcke-Mörder Stephan E. zu Last.
- Mit O-Tönen von Ahmed I., seinem Anwalt Alexander Hoffman, seiner Beraterin Anna Brüggemann (response) und Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank)

**Ahmed I., Nebenkläger im Mordprozess Walter Lübcke, erhebt schwere Vorwürfe gegen die Polizei: „Ich denke weniger über Stephan E. nach als über die Behandlung durch die Polizei“, sagt Ahmed I. am Donnerstag im Anschluss an seine Aussage vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Der 27 Jahre alte Iraker war am 6. Januar 2016 auf offener Straße in Lohfelden nahe Kassel angegriffen und mit einem Messer schwer verletzt worden. Der Generalbundesanwalt wertet den Angriff auf I. als versuchten Mord und legt ihn dem mutmaßlichen Lübcke-Mörder Stephan E. zu Last.**

Ahmed I. betont, er habe die Polizei direkt nach der Tat, noch im Krankenhausbett, auf ein **mögliches rassistisches Tatmotiv** hingewiesen, die Behörden hätten ihn aber nicht ernst genommen. „Ich wurde aus dem Nichts von hinten angegriffen. Ich habe ihnen auch gesagt, dass ich vermute, dass es eine **Antwort auf die Kölner Silvesternacht 2015** gewesen ist.“ Die Ermittlungen wurden seinerzeit ohne Ergebnis eingestellt. Wären Rassismus und Hass auf Geflüchtete als Tatmotive ernstgenommen worden, hätte die Möglichkeit bestanden, Stephan E. bereits damals zu stoppen – und Walter Lübcke hätte nicht sterben müssen. Als gewaltbereiter Rechtsextremist wurde E. Medienberichten zufolge nach dem Angriff im Jahr 2016 sogar von Ermittler\*innen zu Hause aufgesucht – er wohnte damals nur ca. zehn Fahrradminuten von I.s Unterkunft entfernt – sie stellten ihm Fragen zum Abend der Tat, machten jedoch keine Hausdurchsuchung.

**Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank,** sagt: „Wenn Ermittlungsbehörden möglichen rechtsextremen Motiven nicht sorgfältig nachgehen, kann das verheerende Folgen haben – nach unserem Kenntnisstand ist das nach dem Angriff auf Ahmed I. leider der Fall gewesen.“ Die Bildungsstätte Anne Frank betreibt die hessische Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die Ahmed I. seit 2016 begleitet. „Der Angriff fiel in eine Zeit, in der Unterkünfte hundertfach angegriffen und eine Vielzahl an Hassverbrechen auf Geflüchtete verzeichnet wurden – da ist es schwer nachvollziehbar, dass sich die Ermittler\*innen an der Haustür eines polizeibekanntem Rechtsextremen, der in der berüchtigten nordhessischen Neonaziszene gut vernetzt war, mit vagen Antworten abspesen lassen“, so Mendel weiter. Die Gefahr der rechten Szene im Raum Nordhessen und Kassel, wo Halit Yozgat 2006 vom Nationalsozialistischen Untergrund ermordet wurde, sei spätestens seit der Selbstenttarnung des NSU 2011 bekannt.

Mendel fordert eine **grundsätzliche Reform der Polizeiausbildung**: „Wir erleben immer wieder, dass es im Polizeiapparat an der nötigen Expertise für die Spezifika rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt und an Sensibilität für die Perspektive von Betroffenen fehlt. Politische Bildung sowie Antirassismus- und Anti-Bias-Trainings müssen in der Polizeiaus- und -Weiterbildung fest verankert werden – ein, zwei Workshops zum Thema reichen da nicht aus.“

**Alexander Hoffmann, Anwalt von Ahmed I.,** sagt: „Die **unzulänglichen Ermittlungen** der Polizei treffen uns doppelt. Zum einen wurde die Möglichkeit verspielt, einen Täter zu ermitteln, bevor er weitere Straftaten begehen konnte, zum anderen wurden zahlreiche Beweise erst nach der Festnahme Ernsts 2019 ermittelt. Die Blutspur an dem bei Ernst

gefunden Messer wäre kurz nach der Tat sicher ergiebiger gewesen. Die Beweisführung im Prozess ist durch die schlechten Ermittlungen im Jahr 2016 erschwert.“

**Anna Brüggemann**, die Ahmed I. für die Beratungsstelle response seit 2016 begleitet, betont die **schwerwiegenden psychosozialen Folgen** für die Betroffenen: „Das Gefühl, von den Behörden nicht geschützt zu werden und das Anzweifeln einer politischen Tatmotivation kann Betroffene zusätzlich traumatisieren und es ihnen erschweren, die Folgen der Tat zu verarbeiten.“ Was es hingegen brauche, sei die Anerkennung der erfahrenen Gewalt und ein geschütztes Umfeld, um sich von den Tatfolgen zu erholen. Stattdessen habe Ahmed I. polizeiliche Vernehmungssituationen als besonders belastend erlebt: „Ich habe mich gefühlt wie mein eigener Mörder“, so habe I. seine Erfahrungen beschrieben. „Viele Betroffene rechter Gewalt schildern uns diese Erfahrung einer Täter-Opfer-Umkehr durch die Behörden oder ihr soziales Umfeld.“

Die Anerkennung als Opfer einer rassistischen Gewalttat sei aber nicht nur eine symbolische Frage, betont Brüggemann: „Betroffenen bleibt der **Zugang zu dringend benötigten Entschädigungszahlungen versperrt**, wenn rechte und rassistische Motive behördlicherseits nicht anerkannt werden.“ Im Fall Ahmed I. zeige sich auch, wie dramatisch sich der Aufenthaltsstatus auf den Genesungsprozess auswirkte: „Als Asylsuchender fehlte es Ahmed I. zunächst an allem. Er hatte keine Krankenversicherung, keine sichere Wohnung, wo er einfach mal die Zimmertür hinter sich schließen kann. Er musste jede weitergehende medizinische Behandlung aufwändig bei verschiedenen Ämtern beantragen – eine langwierige Spirale aus Antragstellung, Ablehnung, Widerspruchsverfahren“, erinnert sich Brüggemann: „Die Standardantwort, die Ahmed I. von Ämtern zu hören bekam, war: ‚Nein‘“.

Für Ahmed I. hat der Messerangriff weitreichende Folgen. Seit dem Angriff lebt er mit ständigen Schmerzen im Rücken, im Kopf und hat Schlafstörungen. Er sagt: „Ich wollte gerade mein Leben aufbauen. Ich habe Musik gemacht, hatte ein Hobby. Das ist jetzt alles vorbei. Ich habe viele Jahre meiner Jugend verloren. Ich habe gelebt bis 2016. Nicht länger.“

### **Spenden für Ahmed I. – Aufruf des Bundesverbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**

Kontoverbindung des Opferhilfefonds  
Empfänger: VBRG e.V.  
Spendenzweck: Zukunftsperspektive für Ahmed I.  
IBAN: DE38 4306 0967 1177 901301  
BIC: GENO DE M1 GLS

Spenden an den Opferfonds sind steuerlich abzugsfähig. Auf Wunsch erhalten Sie gerne eine Spendenbescheinigung.

Link zum Spendenaufruf:

<https://verband-brg.de/spendenaufruf-fuer-eine-sichere-zukunft-von-ahmed-i/>

## Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken – auch in Form digitaler Bildungsformate. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog\*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal [hessenschauthin.de](https://hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

# #IstAlltag

# #Hessenschauthin

**Eva Berendsen/  
Marie-Sophie Adeoso**

Ansprechpartnerin für  
die Presse

T. (+49)69 560 00 – 232 / -264

M. [eberendsen@bs-anne-frank.de](mailto:eberendsen@bs-anne-frank.de) /

[madeoso@bs-anne-frank.de](mailto:madeoso@bs-anne-frank.de)

→ [bs-anne-frank.de](https://bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |  
60320 Frankfurt am Main